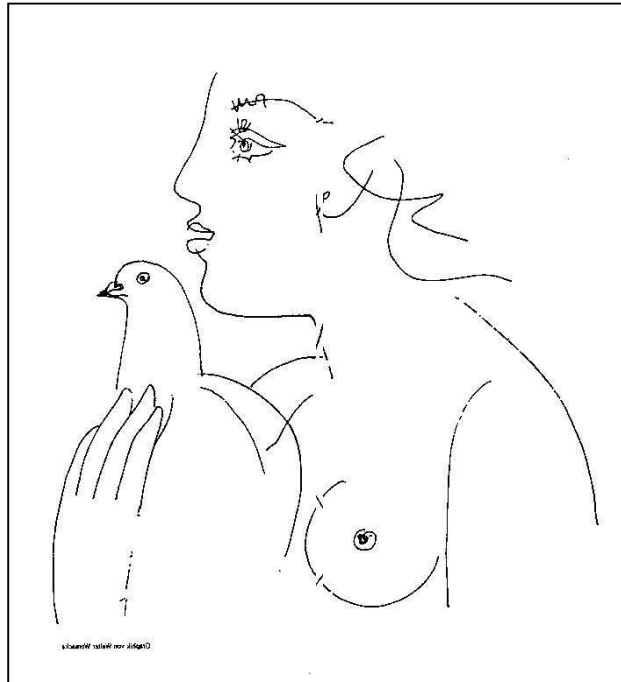


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 41



„Wohlstand und Luxus für alle“?

von

Professor Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 15.02.2008

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin
Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Die deutsche Öffentlichkeit ist mit empörenden Vorgängen konfrontiert.

Es ist die Selbstbedienungsmentalität von Managern, kontinuierlich phantastische Summen in die eigenen Taschen zu stecken.

Es ist das spekulative US-Hypothekengeschäft-Monopoly, bei dem deutsche Banker Milliarden in den Sand setzen, Beträge, die dann durch – auch aus Steuermitteln berappte – milliardenschwere Stützungsmaßnahmen aufgefangen werden. Es ist der kriminelle Akt der Steuerhinterziehung vom bisherigen Postchef Zumwinkel.

Es sind eigentlich nur Vorgänge, die die Spitze eines Eisbergs markieren. Einzelbeispiele und -erscheinungen, die einen gewissen Einblick über die Raffgier von Reichen und Vermögenden ermöglichen, auf Kosten der Gesellschaft immer reicher und wohlhabender zu werden.

Ein Abgrund von Ungerechtigkeit in der Gesellschaft tut sich auf. Und Empörung und Frust bei jungen und alten Menschen, bei abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, Studierenden und Rentnern.

Da überrascht es nicht, wenn lediglich 15 Prozent der Bundesbürger die Meinung vertreten, es gehe hierzulande gerecht zu.

Angesichts der eingetretenen „atmosphärischen Störungen“ ist es still geworden um frühere Versprechen der Kanzlerin.

Vor ihrer Kanzlerschaft stand ihr Wort: „Wohlstand und Luxus für alle“. Um später – etwas relativiert – so dargeboten zu werden: „Wohlstand für alle – das muss unsere Vision sein.“ Und schließlich dann im Sommer 2007 der Ruf, „die Grundlagen des Aufschwungs weiter (zu) stärken..., damit die Menschen auf mehr Wohlstand setzen können.“ Die Nuancen bei der Relativierung der wohlklingenden Verheißungen sind nicht zu übersehen.

Immerhin sind Wohlstand und Luxus Begriffe, die in einem so reichen Land wie Deutschland Allgemeingut sein könnten.

Denn: Die Steigerung der Produktivität, der Wirtschaftsleistung je Beschäftigten, bewegt sich – nach offiziellen Angaben - Jahr für Jahr bei über zwei Prozent. Auf welchem hohem Niveau das erfolgt, wird durch das ausgewiesene Bruttoinlandsprodukt (BIP) deutlich. Es stieg von 2,108 Billionen Euro im Jahre 2002 auf 2,303 Billionen Euro im Jahre 2006. Im vergangenen Jahr wurde ein Zuwachs von real 2,5 Prozent erzielt, nach 2,9 Prozent im Jahr zuvor.

Deutschland ein Wohlstandsland?

Es ist auf jeden Fall genug Geld da, wie zu sehen ist. Nur - wie ist es verteilt?

Auf nahezu fünf Billionen Euro beläuft sich das private Geldvermögen. Es hat sich seit 1991 innerhalb von 15 Jahren, also seit Anschluss der DDR, verdoppelt. Immobilienbesitz und Betriebsvermögen sowie Luxusgüter hinzugerechnet kommen 10 Billionen Euro zusammen.

350.000 Vermögensmillionäre und 55 Milliardäre werden gegenwärtig gezählt.

Die Gelegenheit, Geld zu schaufeln, schaffen ihnen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse.

Ein Blick auf die Vermögensverteilung zeigt, dass die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens besitzen. Für die „restlichen“ 90 Prozent verbleibt ein Drittel. Dabei ist zu berücksichtigen, dass 13,5 Prozent der Haushalte nichts besitzen oder Schulden haben. 7,3 Millionen Bundesbürger sind überschuldet!

Wo der Aufschwung greift

Die Bundeskanzlerin hatte, wie gesagt, im Sommer 2007 dazu aufgerufen, die „Grundlagen des Aufschwungs weiter (zu) stärken...“

„Grundlagen“ sind im Verständnis der Bundesregierung die Mechanismen der kapitalistischen Marktwirtschaft und die Besitzverhältnisse. Für deren Festigung, will heißen - für den weiteren Aufschwung der Profitmasse – hatte schon die Schröder-Regierung Beträchtliches geleistet.

Sie ließ den Konzernen des Exportweltmeisters umfangreiche steuerliche Vergünstigungen angedeihen. Im einzelnen:

- Senkung des Spitzensteuersatzes um 11 Prozent
- Reduzierung der Körperschaftssteuer von 56 auf 25 Prozent
- Abschaffung der Gewerbesteuer
- Gewährung von Steuerfreiheit für Gewinne bei Veräußerungen von Großunternehmen
- Erhöhung der Freibeträge bei der Erbschaftssteuer
- Aussetzen der Vermögenssteuer.

Über 100 Milliarden Euro wurden mit diesen gesetzlichen Maßnahmen den Superreichen in den Rachen geworfen.

Die Merkel-Regierung setzte mit der Unternehmenssteuerreform diese Großzügigkeiten fort. So wurde die Körperschaftssteuer weiter von 25 auf 15 Prozent gesenkt.

Die Besteuerung von Gewinnen, die nicht ausgeschüttet werden (Gewerbeertragssteuer), wird von 39 auf knapp 30 Prozent herabgesetzt.

Die Vermögenssteuer wird auch weiterhin nicht erhoben.

Summa summarum: **Es wird ein Steuergeschenk von sieben Milliarden Euro jährlich verabreicht.**

Kein Wunder, dass zweistellige Wachstumsraten bei den Gewinnen der Konzerne üblich geworden sind. „Trotz der zeitgleich beginnenden Kredit- und Bankenkrise sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland seit Juli (2007) sprunghaft gestiegen“, bestätigte die „Financial Times Deutschland“ (23.11.2007)

Hatten sich die Einkommen aus Vermögen und Unternehmensgewinnen seit 2000 um 42 Prozent erhöht, so langten die Großunternehmen jetzt noch einmal kräftig zu. Die Energiekonzerne RWE, E.on, En BW und Vattenfall, die 80 Prozent der Stromerzeugung vereinen und die Hochspannungsnetze lückenlos kontrollieren, hatten mit ihrer Preis- und Tarifpolitik schon Rekordgewinne eingefahren. So z.B. RWE 6,11 Milliarden Euro und E.on 5,13 Milliarden Euro. Das letztgenannte Großunternehmen erzielte am Ende des dritten Quartals 2007 einen Konzernüberschuss von 4,2 Milliarden Euro. Der Allianzkonzern brachte 2007 mit acht Milliarden einen Rekordgewinn in der bisherigen Bilanz ein. Die Deutsche Bank fuhr trotz der Finanzkrise und größerer Abstriche 2007 immer noch 6,5 Milliarden Euro ein.

Raubtierkapitalismus demonstriert auf seine Art der finnische Nokia-Konzern. Als „Starthilfe“ kassierte er über 80 Millionen Euro deutsche Steuergelder. Nun entschloss er sich, den Bochumer Standort, mit dem er 2007 einen Rekordgewinn von 7,2 Milliarden Euro erreichte, dicht zu machen. Die Produktion soll nach Rumänien verlagert werden, wo sich die Konzernspitze einen neuen Aufschwung für die Profite verspricht. Der Mindestlohn beträgt dort nämlich 80 Cent!

Wenn hierzulande soviel Reichtum zu machen ist, Wohlstand so üppig wächst, kann die Bundestagsmehrheit, die die gesetzlichen Voraussetzungen dafür abnickt, nicht tatenlos zusehen. Und so handelte sie gemäß dem „Diäten-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts, indem sie die Erhöhung ihrer eigenen Entschädigung festlegte.

Auf 9,4 Prozent einigten sich die Fraktionsvorstände von CDU/CSU und SPD. Und so wurde es mehrheitlich beschlossen.

Von den „Verdiensten“ der Manager

Die Gewinne der Großunternehmen und der Großbanken unterliegen der üblichen Verteilungspraxis. Die Manager, oder die „Leistungsträger“, wie sie sich im herrschaftlichen Sprachgebrauch selbst titulieren, beanspruchen ihren Anteil an der eingefahrenen Profit-Ernte.

Hier einige Beispiele:

- Porsche-Chef Wendelin Wedekind steckt rund 60 Millionen Euro im Jahr ein
- Deutsche Bank - Chef Josef Ackermann bringt es auf 13,2 Millionen Euro
- Ex-RWE-Chef Harry Roch kassierte im Ergebnis hoher Gaspreise 12,3 Millionen Euro
- SAP-Chef Kagermann verzeichnet 9 Millionen Euro
- Linde-Chef Reitzle quittiert 7,1 Millionen Euro und
- Daimler-Boss Zetsche findet sich mit 7,1 Millionen Euro ab.
- Post-Chef Zumwinkel brachte es „offiziell“ auf armselige 3 Millionen Euro.

Um zu verdeutlichen, wie „verdienstvoll“ die Macher der gegenwärtigen Verhältnisse sich selbst bewerten, hier der „Stundenlohn“ von Deutsche Bank-Chef Ackermann: Ein 24-Stunden-Arbeitstag (!) zugrunde gelegt, kommt er auf sage und schreibe 1.508 Euro!

Die Vorstände der 30 Dax-Konzerne haben 2006/2007 im Schnitt 23,3 Prozent mehr Einkünfte erzielt als im Vorjahreszeitraum.

Manager „handeln Verträge aus, die einer Vollkasko-Police gleichen. Ohne Selbstbeteiligung“, so „Der Spiegel“ (51/2007) Sie setzen kürzere Kündigungszeiten für die Belegschaften durch und für sich selbst Fünfjahresverträge. „Wird ihnen gekündigt, erhalten sie eine entsprechende Abfindung für die restliche Laufzeit.“ (ebenda)

U. Claasen erhält nach seinem Ausscheiden aus dem Energieunternehmen En BW 40.000 Euro jährlich bis 2016! Er ist jetzt 44 Jahre jung!

Aufschwung, Wohlstand und Luxus gehören zur selbstverständlichen Lebensweise, zum Alltag dieser Kreise.

Die Bundeskanzlerin musste dem angestauten Frust in breiten Teilen der Bevölkerung auf dem CDU-Parteitag im Dezember 2007 ein wenig Rechnung tragen: „Wenn das Versagen von Spitzenkräften mit Fantasieabfindungen vergoldet wird, untergräbt das das Vertrauen in das soziale

Gefüge unseres Staates.“ Aber, so fügte sie gleich hinzu, mit Gesetzen sei da nichts zu machen.

Wo Abschwung statt Aufschwung gilt

Mit Gesetzen ist, um auf die Bundeskanzlerin zurückzukommen, dagegen sehr viel zu machen, wenn es um die Umverteilung von unten nach oben geht.

Zuweilen geben „Vordenker“ aus den Unternehmerverbänden Formulierungshilfen für aus ihrer Sicht anstehende „Reform“ - Erfordernisse. So brachte der für solche Aufgaben prädestinierte BDA-Präsident Hundt vor Jahren die zu betreibende neoliberale Politik der Bundesregierung auf den Grundnenner: „Eine Reform, die niemanden weh tut, kann die Probleme nicht lösen.“

Dienstefrig installierte die Schröder-Regierung daraufhin die Agenda 2010, auf der die Merkel-Regierung aufbauen und draufsatteln konnte. Die Kanzlerin versuchte zwar noch die schmerzhaft Wirkung (das Wehtun) der „Reformen“ für breite Bevölkerungskreise mit einem Trostpflaster zu versehen, indem sie meinte: „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an“. Doch solche Sprechblasen verstärken nur noch die Missstimmung der Bürger über die Politik der Großen Koalition.

Die Realitäten des „bei den Menschen“ ankommenden Aufschwungs: Die Nettolöhne der abhängig Beschäftigten sind heute geringer als 1992. Seit Mitte der 1990er Jahre blieben die Reallöhne hinter der Produktivität zurück. Der Reallohn sank von 1993 bis 2007 um 8,5 Prozent. „Der Spiegel“ (14/2007) kommentierte eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW): „Kaum eine andere soziale Gruppe hat in den vergangenen Jahren solche materiellen Einbußen hinnehmen müssen... Der Lebensstandard der Arbeitnehmer hat sich von der Wirtschaftsentwicklung weitgehend abgekoppelt.“ Und weiter: „Unaufhaltsam werden die Arbeiter und ein großer Teil der Angestellten vom Vermögenswachstum unseres Landes abgehängt. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen ist so niedrig wie seit 1960 nicht mehr.“

2007 mussten die „Leistungsempfänger“, wie die lohnabhängig Beschäftigten in der Sprache der Bosse genannt werden, zum viertel Mal in Folge Reallohnverluste erleben. Die Lohnzuwächse betrug im Durchschnitt 1,3 Prozent und wurden von der Inflation aufgefressen.

Die Instrumentalisierung der Massenarbeitslosigkeit und die im Rahmen der Arbeitsmarkt-„Reform“ erlassene Hartz-IV-Gesetzgebung („Armut per Gesetz“) tragen ihre giftigen Früchte.

IW-Berichte versuchen die Misere zu schönen. „Moderate Lohnabschlüsse“ von Mitte der 1990er Jahre bis 2006 hätten 600.000 Arbeitsplätze gesichert oder neue geschaffen.

Doch: „Viele der Stellen, die im Aufschwung neu geschaffen wurden, sind sehr niedrig bezahlt...viele der so Beschäftigten bleiben arm“, urteilt die „Berliner Zeitung“ (30.11.2007). Die Gewerkschaft verdi weist nach, dass jeder zweite Job ein Leiharbeitsjob ist. Und Leiharbeiter erhalten 20 bis 40 Prozent weniger Lohn; sie haben außerdem keinen Kündigungsschutz. 75 Prozent aller Niedriglöhner haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen akademischen Abschluss.

Die hohen Renditen und die Rekordgewinne der Konzerne müssen ja irgendwo herkommen!

Die „Junge Welt“ (17.01.2008) errechnete: „In Deutschland arbeiteten 2004 über sieben Millionen Menschen für Hunger- und Niedriglöhne. Mittlerweile dürften es mindestens acht Millionen sein. Davon erhielten 2006 allein 5,5 Millionen Beschäftigte weniger als 7,50 Euro Stundenlohn... Für Löhne unter fünf Euro schufteten rund zwei Millionen Menschen.“ Immer mehr dieser Betroffenen sind nicht mehr in der Lage, mit Arbeit die eigene Existenz zu sichern. Rund drei Millionen verdienen so wenig, dass sie eigentlich einen Rechtsanspruch auf zusätzliche Leistungen durch das Arbeitslosengeld II haben. Doch nur 1,3 Millionen sind als „Aufstocker“ anerkannt, d.h. sie erhalten eine zusätzliche geringe Unterstützung. Im Osten Deutschlands sind knapp sechs Prozent auf derartige Leistungen angewiesen.

„Wohlstand für alle“?

Nach einer EU-Definition sind knapp 15 Prozent der Ostdeutschen und 12 Prozent der Westdeutschen von Armut bedroht. „Arbeit macht arm“ ist für Millionen zu bitterer Realität geworden. 860.000 Obdachlose werden zur Zeit gezählt.

Studien weisen nach, dass Personen mit niedrigen Einkommen überproportional häufig einen schlechteren Gesundheitszustand und eine geringere Lebenserwartung aufweisen.

„Wohlstand ist ein Traum, der mit ehrlicher Arbeit nicht mehr zu verwirklichen ist“, sagt ein Fleischer aus Dresden, der mit einem Lohn abgespeist wird, der vorn und hinten nicht reicht, dem „Spiegel“: Und er fügt hinzu, dass er einen Besuch in der Stammkneipe inzwischen als Luxus verbucht. (Der Spiegel, 14/2007)

Je nach Wirtschaftslage wird das auf Ausbeutung beruhende und von den Managern und Politikern vorgegebene Ritual angewandt: „In schlechten Zeiten sollen sich die Arbeitnehmer zurückhalten, damit die Unternehmen konkurrenzfähig werden, und in guten Zeiten sollen sie sich einschränken, um das Erreichte nicht zu gefährden...“ (Der Spiegel, 14/2007)

„Vorsorglich“ hat die Bundeskanzlerin angesichts der Bankenkrise schon mal an die Gewerkschaften appelliert, „Lohnzurückhaltung“ zu üben und keine „überhöhten“ Lohnforderungen zu stellen. Die „Wettbewerbsfähigkeit des Landes“ (sprich: die Profiterwartungen der Konzerne) dürfe nicht gefährdet werden. Die Unternehmerverbände wiederholten diese „Erwartung“.

SPD-Fraktionschef Struck schwimmt auf dieser Welle mit, wenn er sagt, die traditionelle SPD-Position, „von den Reichen zu nehmen, um den Armen zu geben“, könne nicht länger „die Politik unserer Gesellschaft sein.“ (Der Spiegel, 51/2007)

Armutskarrieren sind programmiert

In der „Berliner Zeitung“ wurde im Januar 2008 eine Karikatur veröffentlicht, die einen Alten in einem klapprigen Rollstuhl und daneben ein Kind in einem alten Kinderwagen zeigt. Der Alte hält ein Schild mit der Aufschrift „Altersarmut“ im Arm. Das Kind zeigt ein Transparent mit der Aufschrift „Kinderarmut“. Über dem Alten ist die Forderung oder die Bitte formuliert: „Nicht drängeln ... junger Freund“.

Ein treffendes Bild, das die Situation im reichen Deutschland charakterisiert.

Kinderarmut hat bisher über 2,7 Millionen Heranwachsende erfasst. Die Dunkelziffer ist höher. Aus Scham melden sich viele Familien nicht bei der Sozialhilfe.

Dem vom Deutschen Kinderhilfswerk vorgelegten Kinderreport 2007 zufolge verdoppelte sich seit Ende der 1950er Jahre die Zahl der sozialhilfebedürftigen Kinder alle zehn Jahre. Seit Einführung von Hartz IV beschleunigte sich die Zunahme. Es ist bisher nicht gezählt worden, wie viele Kinder hungrig, ohne ein Frühstück zur Schule gehen.

Kinderarmut entscheidet oftmals über das ganze Leben eines Menschen. „Armutskarrieren“ sind zumeist programmiert: Fehlende Bildungschancen, geringere Ausbildungsmöglichkeiten, soziale Benachteiligung, schlechte Wohnbedingungen, mangelnde gesundheitliche Betreuung, geringere Lebenserwartung sind die Eckpunkte dieser Misere.

Armut ist auch das infolge der „Reform“ - Politik für nicht wenige heutige und künftige Rentner vom System vorgegebene Schicksal.

Das Rentenniveau für Bestandsrentner sinkt beständig.

Die Schröder-Regierung hatte entsprechend der „kurzfristigen“ Forderung von BDA-Chef Hundt den Rentnern die ersten „Nullrunden“ verpasst.

Die durchschnittliche jährliche Teuerungsrate von nahezu zwei Prozent kam einer ebenso starken Rentenkürzung gleich. **Faktisch bedeutete die Beibehaltung dieses rentnerfeindlichen Programms alle fünf Jahre den Verlust einer ganzen Monatsrente.** Das Bundesfinanzministerium errechnete, dass – bei Berücksichtigung der Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 - den Rentner 270 Euro im Jahr verloren gehen.

Rentner in Ostdeutschland, die ihr Alterseinkommen zu 93 Prozent allein aus der gesetzlichen Rente bestreiten, sehen sich nach wie vor bei der Berechnung ihrer Alterssicherung mit einem um 12 Prozent geringeren Rentenwert (Ost) konfrontiert.

Für künftige Rentner in Ostdeutschland wird das Altersruhegeld zudem im Ergebnis der neoliberalen „Reformen“ bedeutend geringer ausfallen. Bei Männern werden das bis zu 15 Prozent, bei Frauen 12 Prozent weniger sein. Dabei wirken sich das hiesige niedrigere Lohnniveau und häufige Erwerbslosigkeit äußerst negativ aus.

Zynisch muss ein Kommentar im „Handelsblatt“ (04.01.2008) zu den Renten- „Reform-Erfolgen“, der Bundesregierung empfunden werden: „Die gesetzliche Rentenversicherung ist in diesem Jahrzehnt durch massive Einschnitte stabilisiert und zukunftsfest gemacht worden...Um ein Fünftel wird das Leistungsniveau bis 2030 sinken.“

Diese „stabilisierte“ und „zukunftsfeste“ Rente stützt sich offenbar auch auf die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre und auf Zwangsverrentungen von über 63-jährigen Arbeitslosen.

Nach Auffassung des Chefvolkswirts der Dresdner Bank, Heise, reicht der Bundestagsbeschluss zum Abbau der Renten jedoch nicht aus. Eine Erhöhung des „Renteneintrittsalters auch über 67 (sei) notwendig“. Spätestens zu Beginn der nächsten Legislaturperiode im Herbst 2009 müsse eine Anhebung auf 70 Jahre unbedingt festgeschrieben werden.

Schon die gegenwärtigen Regelungen veranlassten die OECD-Rentenexpertin Queisser, vor Altersarmut zu warnen.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang: Bundestagsabgeordnete, die ja mehrheitlich die von Unternehmerverbänden und Großbanken ge-

forderten „Reformen“ der Renten abgenickt hatten, können schon mit 55 Jahren die volle Altersversorgung beanspruchen.

An teureres Einkaufen gewöhnen?

Mit Blick auf die nächsten Bundestagswahlen hat die Bundeskanzlerin vollmundig erklärt: „Ich möchte, dass die Menschen in zwei Jahren sagen können, 2009 geht es uns noch besser als 2007.“ **Noch besser?**

Als ob es allen Bundesbürgern gegenwärtig durchaus gut gehe.

Was die lohnabhängig Beschäftigten, die Kinder und die Rentner betrifft, so war schon dargestellt worden, wie differenziert deren Lage zu beurteilen ist.

An der Mehrheit der Bevölkerung ist der Aufschwung, an den laut Merkel Erwartungen von Wohlstand geknüpft werden sollten, glatt vorbeigegangen.

Einen Aufschwung spezieller Art gab und gibt es allerdings bei Preisen und Tarifen.

Lebensmittel sind im vergangenen Jahr um bis zu einem Drittel teurer geworden. Der Strompreis stieg zwischen 2000 und 2006 um 50 Prozent. Und die Abzockerei durch die Strommonopolisten geht weiter. Der Chef von E.on hatte ja befunden: „Der Strompreis ist zu niedrig.“ Kraftstoffe kosteten 2007 bis zu 20 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Betriebskosten (Heizung, Wasser, Müllabfuhr, Grundsteuer) steigen unaufhörlich. Die „zweite Miete“ hat durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer noch einmal einen kräftigen Schub erhalten.

Zum 1. Juli steigen die Pflegeversicherungsbeiträge auf 1,95 Prozent.

Infolge der sogenannten Gesundheitsreform sollen Krankenversicherungsbeiträge die Marke von 15 Prozent übersteigen.

Einige Kassen orientieren bereits auf einen „Zusatzbeitrag“, wenn der Gesundheitsfond ab Januar 2009 eingeführt würde.

Die Inflationsrate stieg Ende 2007 auf 3 Prozent. Sie erreichte damit den höchsten Wert seit mehr als 13 Jahren.

„Inflation wirkt wie eine große Umverteilungsaktion – von unten nach oben“, konstatierte „Der Spiegel“ (44/2007). Der Euro-Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, Mayer, sagt „zwei Dekaden mit steigender Geldentwertung“ voraus. Und die „Frankfurter Allgemeine“ prognostiziert: „Die Deutschen müssen sich an ein teureres Einkaufen gewöhnen.“ Die Kaufkraft sinkt weiter. Der Binnenmarkt wird weiter geschwächt.

Gerechtere Politik vonnöten

Die Polarisierung zwischen arm und reich in der deutschen Gesellschaft schreitet voran.

In ihrer Profitgier stutzen die Bosse den Menschen, das „Humankapital“, auf einen Kostenfaktor zurecht. Entscheidend ist dessen Marktwert und sind die jeweiligen Aktienkurse.

Rücksichtslos wird der neoliberale Kurs zur Verstetigung dieses Prozesses und zur Sicherung von Maximalprofiten für die Megakonzerne und von Wohlstand und Luxus für die Reichen und Vermögenden mit Hilfe eines rücksichtslosen Marktradikalismus weiter betrieben.

„Den einen droht das Elend, die anderen leben in einer Zuckerwelt, in der man sich allenfalls noch mit der Frage quält, ob es die S-Klasse von Mercedes sein soll oder doch ein Mâybach“, charakterisiert „Der Spiegel“ (51/2007) die Situation in der deutschen Gesellschaft.

Soziale Gerechtigkeit?

Der bayerische Staatsminister Thomas Goppel hat darauf diese Antwort: „Ich finde, das ist ein bescheuerter Begriff der Politik. Jeder kann sich darunter vorstellen, was er will.“ („Deutschlandradio Kultur“, 4.2.2008)

Doch die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit setzt sich über derartige provokatorische Äußerungen hinweg. Sie wird immer nachdrücklicher erhoben. Sie ist auf den Transparenten der Streikenden und der Demonstranten zu lesen. Sie wird von Gewerkschaften, von Wohlfahrts- und Sozialverbänden gestellt. Sie reflektiert sich nicht zuletzt in den Ergebnissen der jüngsten Landtagswahlen.

Folglich sieht sich die Bundesregierung zum Taktieren veranlasst. Bei gewissen Korrekturen an Hartz IV und in der Frage der Mindestlöhne.

Bürgerliche Medien schwätzen von einer „Sozialdemokratisierung“ der CDU. „Merkel fährt in der Großen Koalition einen Linkskurs“, wird lamentiert.

Die Bosse der Unternehmerverbände verlangen „Prinzipientreue“:

BDI-Präsident Thumann spricht Klartext: „Die Politik muss aufhören, nur über soziale Gerechtigkeit und Umverteilung zu reden.“ („Handelsblatt“, 28.1.2008)

Und BDA-Präsident Hundt gibt in gewohnter Weise Richtlinien für die Politik vor. Der Bundeskanzlerin sagt er: „Gehen Sie den eingeschlagenen erfolgreichen Weg der Reformen entschlossen weiter.“

Die Aktionen abhängig Beschäftigter gegen den neoliberalen Kurs häufen sich. Es geht dabei nicht um Wohlstand und Luxus, sondern um ei-

nen gerechten Anteil an den geschaffenen Werten, oftmals um ein menschenwürdiges Leben.

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, nach dem Sozialstaat bleibt auf der Tagesordnung.

„Der Spiegel“ (14/2007) registriert: „Es geht um mehr als um ein paar Euro in der Lohntüte. Es geht um das Vertrauen in die ökonomische und gesellschaftliche Grundordnung der Republik.“

Die „Berliner Zeitung“ (28.01.2008) führt unter der Überschrift „Es geht nach links“ u.a. aus: „Die soziale Frage brennt den Menschen auf den Nägeln, sie gehört auf die Tagesordnung. Die letzten Hüter der neoliberalen Verirrungen der vergangenen Jahre heben schon großes Wehklagen an: Jetzt geht es wieder in Richtung Verteilung, Versorgung, Verstaatlichung. Ja, hoffentlich! Denn ihr Götze, der Markt, hat gerade jetzt an der Börse gezeigt, dass er außer Rand und Band, aber gewiss kein verlässlicher Ordnungsfaktor ist.“

Wenn der bayerische Staatsminister Goppel herausfordernd meint, soziale Gerechtigkeit sei „ein bescheuerter Begriff der Politik“ - zwei Drittel der Bevölkerung verbinden mit diesem Begriff sehr konkrete Vorstellungen und Erwartungen.

Nämlich:

- Beendigung des anhaltenden Sozialabbaus, des Sinkens der Realeinkommen
- Gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums
- Progressive Besteuerung aller Einkommen und höhere Besteuerung von Vermögen
- Gesetzlich garantierten Mindestlohn von acht Euro
- Keine Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge
- Wirksame Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
- Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche
- Gleiche Lebensbedingungen und gleiche Rechte für die Bürger in allen Bundesländern
- Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, wie es das Grundgesetz gebietet

Überlegtes gemeinsames Handeln aller, die an sozialer Gerechtigkeit interessiert sind – das ist das Gebot der Stunde!

*